

NIEDERSCHRIFT

Sitzung des Planungs- und Bauausschusses 06/2018-2023

Sitzungstermin: Montag, 17.06.2019
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 22:47 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitz

Herr Stephan Holowaty - FDP

Mitglieder

Herr Horst Ostwald - SPD

Frau Nadine Braasch - SPD

Herr Folker Brocks - CDU

Herr Kurt Göttisch - Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Karin Honerlah - WHU

Herr Jens Iversen - BFB

Herr Ulf Klüver - Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Andre Martin - CDU

Herr Michael Meschede - CDU

Herr Jens Müller - CDU

Herr Jan Schüller-Iwersen - WHU

Stellvertreter für Mitglieder

Herr Dirk Rohlfing - BFB

Vertretung für: Herrn Volker Gülk

Gäste

Herr Till Klages - Projektleiter TenneT TSO GmbH

Herr Schmidt - TenneT - Gesamtprojektleiter Ostküstenleitung

Herr Uwe Struck - Schleswig-Holstein Netz AG

Herr Marco Voß - Schleswig-Holstein Netz AG

Verwaltung

Herr Stefan Bauer - Bürgermeister

Herr Lars Möller - Zentrale Grundstücks- u. Gebäudewirtschaft

Frau Svenja Gruber - Gleichstellungsbeauftragte

Herr Colja Peglow - Bürgerservice und öff. Sicherheit

Herr Volker Duda - Ortsplanung, Gemeindeentwicklung

Herr Eckhard Röver - Zentrale Grundstücks- u. Gebäudewirtschaft

Frau Inna Busch - Ortsplanung, Gemeindeentwicklung

als Protokollführerin

Abwesend:

Mitglieder

Herr Volker Gülk - BFB

fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner
3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 06.05.2019
4. Berichtswesen
- 4.1. Bericht über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB - 17.04. - 03.06.2019
5. 380 kV-Ostküstenleitung; Information über mögliche Folgemaßnahmen der Ostküstenleitung (TenneT) im 110-kV-Netz der Schleswig-Holstein Netz AG
6. Innenentwicklungspotentialanalyse für die Gemeinde Henstedt-Ulzburg; Vorstellung und abschließender Beschluss
7. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 14 BauGB zur Zulassung einer Ausnahme von der Veränderungssperre für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 148 "Pommernstraße / Kisdorfer Straße"; Pommernstraße 1
8. Erschließung Bebauungsplan Nr. 147 "Wagenhubergelände"; Ausbau des Knotenpunktes L 284 Schleswig-Holstein-Straße/Norderstedter Str./Henstedter Weg
- Vorstellung des Bauentwurfes
9. Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen usw.); Bebauungsplan Nr. 57 "Quellenweg"
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
10. Aufstellungsbeschluss Erhaltungssatzung für das Quartier "Beckersbergring"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- aus Zeitgründen nicht behandelt -

11. Bau des Wanderweges zwischen Sandberg und Korl-Barmstedt-Weg;
Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2019
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
12. Errichtung von WC-Anlagen an den Bahnhöfen in Henstedt-Ulzburg
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
13. Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am Bahnhof Ulzburg-Süd
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
- 13.1. Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am Bahnhof Ulzburg-Süd;
Antrag der SPD-Fraktion und Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
- 13.2. Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am Bahnhof Ulzburg-Süd;
Ergänzungsantrag der WHU-Fraktion
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
14. Bebauungsplan Nr. 153 "Beckersbergring" (Terrassenüberdachungen);
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
15. Bebauungsplan Nr. 125 "Nördlich Schulstraße";
Verfahrenseinstellung
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
16. Bebauungsplan Nr. 126 a "Gewerbegebiet Nördlich Heideweg";
Verfahrenseinstellung
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
17. Bebauungsmöglichkeiten in bestehenden B-Plänen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- aus Zeitgründen nicht behandelt -
18. Unterrichtungen / Anfragen
- 18.1. Bebauungsplan Nr. 150 "Nördlich Götzberger Straße";
Gutachterliche Stellungnahme zur verkehrlichen Anbindung der Erschließung
an die Götzberger Straße (L 75)
19. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner
20. Städtebaulicher Vertrag zur Erschließung eines Grundstückes innerhalb
des Geltungsbereiches des Bebauungsplanentwurfes Nr. 100, 5. Änd.,
für das Gebiet "Kammerloh-Ostteil"
- nichtöffentlich

21. Unterrichtungen
- nichtöffentlich

22. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Holowaty, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einladung mit Bekanntgabe der Tagesordnung fest. Der Planungs- und Bauausschuss ist beschlussfähig.

Herr Göttisch beantragt eine öffentliche Beratung des Tagesordnungspunktes 20.

Herr Bürgermeister Bauer erklärt, dass es sich hierbei um vertragliche Angelegenheiten und außerdem um eine Fortsetzung des bisher bereits nichtöffentlich behandelten Punktes handelt.

Der Antrag von Herrn Göttisch,

über den für nichtöffentlichen Teil vorgesehenen TOP 20 „Städtebaulicher Vertrag zur Erschließung eines Grundstückes innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanentwurfes Nr. 100, 5. Änd. für das Gebiet „Kammerloh-Ostteil“ öffentlich zu beraten,

wird

bei	4	Stimmen dafür	(Bündnis 90/Die Grünen, WHU)
mit	9	Stimmen dagegen	(SPD, BFB, CDU, FDP)

abgelehnt.

Auf Vorschlag von Herrn Iversen kommt der Ausschuss überein, den TOP 13 vor dem TOP 12 zuberaten.

Seitens der Verwaltung wird beantragt, aus Dringlichkeitsgründen den nichtöffentlichen Teil der heutigen Tagesordnung um einen zusätzlichen Punkt „Unterrichtungen (nichtöffentlich)“ zu erweitern.

Der Antrag der Verwaltung,

einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt (TOP 21) „Unterrichtungen“ im nichtöffentlichen Teil zu behandeln,

wird

mit 11 Stimmen dafür (SPD, BFB, WHU, CDU, FDP)
bei 2 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen)

angenommen.

Abschließend wird die Tagesordnung mit den obigen Ergänzungen/Änderungen einstimmig beschlossen.

zu 2 Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

- a) Herr Daberkow, ADFC-Ortsgruppe Henstedt-Ulzburg, weist auf den seiner Ansicht nach desolaten Zustand des Geh- und Radweges an der Hamburger Straße, in Höhe des Restaurants „Little Italy“, hin. Der Geh- und Radweg müsste aus seiner Sicht dringend saniert werden.

Herr Bürgermeister Bauer sagt eine entsprechende Überprüfung des Geh- und Radweges in dem betroffenen Abschnitt zu.

- b) Herr Daberkow merkt weiter an, dass durch die mangelhafte Pflege der anliegenden Grundstücke an der Hamburger Straße auch der dortige Geh- und Radweg stark zugewachsen ist. Diese Bereiche sind für Radfahrende aber auch für zu Fuß Gehende schwer passierbar. Ein entsprechender Hinweis an die Anlieger durch die Verwaltung könnte evtl. Abhilfe schaffen.

Herr Bürgermeister Bauer sichert eine Überprüfung der Situation zu.

- c) Herr Rieger, von der Bürgerinitiative Wilstedter Straße, fragt an, wann mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrsstrukturgutachten begonnen wird. Beim „runden Tisch“ sind hierzu viele sinnvolle Lösungsvarianten erarbeitet worden.

Herr Bürgermeister Bauer führt aus, dass zunächst der Ausbau der Wilstedter Straße abzuschließen ist. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrs sollen im Anschluss darauf angeleitet werden. Der Ausbau der Wilstedter Straße verzögert sich aktuell aufgrund von noch zu klärenden naturschutzrechtlichen Belangen. Derzeit wird an der Lösung der Problematik gearbeitet. Voraussichtlich im 4. Quartal des laufenden Jahres kann der Straßenausbau fortgesetzt werden.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 06.05.2019

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

zu 4 Berichtswesen

Auf die Protokollierung zu dem Tagesordnungspunkt 4.1 wird verwiesen.

zu 4.1 Bericht über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB - 17.04. - 03.06.2019

Maurepasstraße 39

Frau Honerlah fragt an, ob der geplante Anbau an das Einfamilienhaus Maurepasstraße 39 im Hinblick auf die dann erreichte Grundflächenzahl noch genehmigungsfähig ist.

Herr Duda erklärt, dass das Bauvorhaben sich in die nähere Umgebung einfügt und daher von der Gemeinde positiv beschieden wurde.

Lindenstraße 95-97

Frau Honerlah erkundigt sich nach dem Grund der abweichenden Grundstückszufahrt sowie des Knickdurchbruchs auf dem Grundstück Lindenstraße 95-97.

Herr Duda führt aus, dass zur Herstellung einer Zufahrt in dem im Bebauungsplan vorgesehenen Bereich wertvoller Baumbestand beseitigt werden müsste. Um den Eingriff zu minimieren, soll die Zufahrt auf der nordöstlichen Grundstücksseite im weniger sensiblen Bereich entstehen.

Dammstücken 12

Weiter fragt Frau Honerlah nach, wie es zur abweichenden Grundstückszuwegung auf dem Grundstück Dammstücken 12 kommt.

Herr Duda erläutert, dass sich auch hier ein wertvoller Baumbestand im Bereich der herzustellenden fußläufigen Zuwegung befindet. Um den Eingriff geringfügiger zu halten, wird die fußläufige Zuwegung etwas nördlicher von der im Bebauungsplan vorgesehenen Stelle verschoben.

Weitere Nachfragen werden nicht gestellt. Der Bericht wird seitens der Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

zu 5 380 kV-Ostküstenleitung; Information über mögliche Folgemaßnahmen der Ostküstenleitung (TenneT) im 110-kV-Netz der Schleswig-Holstein Netz AG

Herr Holowaty begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Till Klages und Carsten Schmidt, Vertreter der Firma TenneT, sowie die Herren Marco Voß und Uwe Struck, von der Schleswig-Holstein-Netz AG.

Herr Klages stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand des Projektes 380-kV-Ostküstenleitung dar.

Er erklärt, dass der bei der Genehmigungsbehörde des Landes Schleswig-Holstein eingereichte Antrag auf Planfeststellung zur Realisierung der 380-kV-Ostküstenleitung inkl. des Umspannwerks Kreis Segeberg im Bereich der A7 im Raum Henstedt-Ulzburg zu überarbeiten ist, weil die Planungsanforderungen an Genehmigungsunterlagen gestiegen sind. Die Auswirkungen auf das Wohnumfeld sind gemäß der aktuellen Rechtsprechung deutlich vertieft zu untersuchen.

Die Fa. TenneT arbeitet derzeit an der Präzisierung der Antragsunterlagen. Die Überarbeitung bzw. Ergänzung der Antragsunterlagen soll im 1. Quartal 2020 abgeschlossen sein und der Genehmigungsbehörde vorgelegt werden. Eine abschließende Prüfung des Planfeststellungsantrages wird zum Jahr 2022 erwartet. Bis dahin werden keine Maßnahmen zur Realisierung der 380-kV-Ostküstenleitung umgesetzt.

Herr Klages betont, dass ein konkreter Trassenverlauf in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg derzeit noch nicht feststeht. Hierzu können daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine näheren Ausführungen gemacht werden. In der Prüfung sind jedoch auch die Trassenverläufe über Kaltenkirchen und an der künftigen A 20.

Die Schleswig-Holstein Netz AG betreibt in Schleswig-Holstein das 110-kV-Leitungsnetz. Der Strom für dieses Netz wird aus dem 380-kV-Leitungsnetz abgenommen. Die Schleswig-Holstein Netz AG ist daher von den Baumaßnahmen der Firma TenneT unmittelbar betroffen und muss auf Änderungen im Gesamtsystem reagieren.

Die Vertreter der SH-Netz-AG, Herr Uwe Struck und Marco Voß, stellen die Folgemaßnahmen vor. Diese sind erforderlich, wenn in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg an der A7, im Bereich Beckershof, ein neues Umspannwerk durch die Firma TenneT errichtet werden würde. Der aktuelle Netzentwicklungsplan weist ein neues, noch zu errichtetes Umspannwerk als Ersatz-Einspeisepunkt für das bestehende Umspannwerk Hamburg Nord in Henstedt-Rhen aus.

Herr Voß schlägt den Ausschussmitgliedern vor, die Verlegung eines 110-kV-Erdkabels im Rahmen eines Ortstermins auf einer Baustelle in Flensburg-Handewitt zu besichtigen. Einige Ausschussmitglieder signalisieren ihr Interesse hierzu. Die Baustellenbesichtigung wird über die Verwaltung organisiert.

Die Ausschussmitglieder äußern ihre Unzufriedenheit mit der Vorgehensweise der Firma TenneT sowie über die Zusammenarbeit der Firmen TenneT und der SH-Netz AG. Sie bekräftigen erneut die ablehnende Haltung der Gemeinde in Bezug auf die über Henstedt-Ulzburg laufenden Trassenvarianten und appellieren an die TenneT, von der Realisierung eines neuen Umspannwerkes in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg aufgrund der sehr hohen Belastung des Wohnumfeldes abzusehen. Stattdessen sollen Bereiche an der geplanten A 20 hierfür vorgesehen werden.

Im Ausschuss besteht Einigkeit dahingehend, dass die Verfahren „Ostküstenleitung“ und „Folgemaßnahmen“ sowie die daraus folgenden Belastungen in einem gemeinsamen Planfeststellungsverfahren abgewogen und behandelt werden müssen. Dies wird von der TenneT zur Kenntnis genommen.

zu 6 Innenentwicklungspotentialanalyse für die Gemeinde Henstedt-Ulzburg; Vorstellung und abschließender Beschluss

Herr Duda erläutert die Vorlage.

Herr Meschede plädiert dafür, ein Automatismus bei zukünftigen Beratungen über Flächennutzung zu vermeiden. Er schlägt daher vor, die Innenentwicklungspotenzialanalyse nicht als

eine „vorrangige Grundlage“ sondern als eine „Orientierung für die künftigen Entscheidungen über die Flächennutzung...“ zu beschließen. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sollte unter dem Punkt b) entsprechend geändert werden.

Frau Honerlah ist der Auffassung, dass im Rahmen einer Innenentwicklungspotenzialanalyse in erster Linie die Flächen der Innenentwicklung beschlossen werden sollten. Sie beantragt seitens der WHU-Fraktion daher, die Innenentwicklungspotenzialanalyse mit Ausnahme folgender Flächen:

- Friedhofserweiterungsfläche,
- Fläche am Wohldweg,
- Hinterbebauung am Milanweg und
- Fläche Beckershof

zu beschließen, da diese nicht unmittelbar als Innenentwicklungsflächen gelten.

Herr Ostwald rät dringend davon ab, einzelne Flächen auszuschließen. Eine Innenentwicklungspotenzialanalyse soll zwar der Gemeinde orientierend bei Beratungen über Flächenausweisungen dienen. Die tatsächliche Flächennutzung wird jedoch im Aufstellungsverfahren des jeweiligen Bebauungsplanes diskutiert und festgesetzt.

Herr Holowaty schließt sich dem an und lässt den Ausschuss zunächst über den Antrag der WHU-Fraktion abstimmen.

Der Antrag der WHU-Fraktion zur folgenden Beschlussformulierung:

Der Planungs- und Bauausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die von der SWUP GmbH erarbeitete Innenentwicklungspotenzialanalyse in der als Anlage beigefügten Fassung, mit Ausnahme der Friedhofserweiterungsfläche, der Fläche am Wohldweg, der Hinterbebauung am Milanweg und der Fläche am Beckershof, zu beschließen,

wird

bei	2	Stimmen dafür	(WHU)
mit	11	Stimmen dagegen	(SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BFB, FDP)

abgelehnt.

Der Punkt a) des Beschlussvorschlags der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Beschluss:

a) Der Planungs- und Bauausschuss nimmt die von der SWUP GmbH erarbeitete Innenentwicklungspotenzialanalyse zur Kenntnis und empfiehlt der Gemeindevertretung, den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

Beschlussfassung:

11	Stimmen dafür	(SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BFB, FDP)
2	Enthaltungen	(WHU)

Ferner wird auf Antrag der CDU-Fraktion über die geänderte Formulierung des Punktes b) des Beschlussvorschlags abgestimmt.

Beschluss:

b) Die Gemeindevertretung beschließt die von der SWUP GmbH erarbeitete Innenentwicklungspotenzialanalyse in der als Anlage beigefügten Fassung, um eine nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg mittel- bis langfristig zu gewährleisten. Die Innenentwicklungspotenzialanalyse dient als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) und als Orientierung für die künftige städtebauliche Planung sowie bei Entscheidungen über die zukünftige Ausweisung von Flächen, die der Wohnbebauung dienen.

Der Antrag der CDU-Fraktion,

wird

bei	6	Stimmen dafür	(CDU, BFB)
und	6	Stimmen dagegen	(SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, 1 Mitglied der WHU-Fraktion)
sowie	1	Enthaltung	(1 Mitglied der WHU-Fraktion)

abgelehnt.

Abschließend fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

a) Der Planungs- und Bauausschuss nimmt die von der SWUP GmbH erarbeitete Innenentwicklungspotenzialanalyse zur Kenntnis und empfiehlt der Gemeindevertretung, den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

b) Die Gemeindevertretung beschließt die von der SWUP GmbH erarbeitete Innenentwicklungspotenzialanalyse in der als Anlage beigefügten Fassung, um eine nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg mittel- bis langfristig zu gewährleisten. Die Innenentwicklungspotenzialanalyse dient als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) und als vorrangige Grundlage für die künftige städtebauliche Planungen sowie bei Entscheidungen über die zukünftige Ausweisung von Flächen die der Wohnbebauung dienen.

Beschlussfassung:

7	Stimmen dafür	(SPD, BFB, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)
4	Stimmen dagegen	(CDU)
2	Enthaltungen	(WHU)

zu 7	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 14 BauGB zur Zulassung einer Ausnahme von der Veränderungssperre für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bbauungsplanes Nr. 148 "Pommernstraße / Kisdorfer Straße"; Pommernstraße 1
------	--

Herr Ostwald, Frau Honerlah und Herr Brocks teilen diese Auffassung. Um eine Verbesserung der Verkehrssituation an der Schleswig-Holstein-Straße zu erreichen, sollten Gespräche nicht nur mit der Stadt Norderstedt sondern auch mit dem Straßenbaulastträger, dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr (LBV-SH), geführt werden.

Herr Holowaty weist darauf hin, dass es in erster Linie um Anbindung des geplanten Bebauungsplanes Nr. 147 „Wagenhubergelände“ geht. Zur Fortsetzung des Verfahrens sollte zunächst der Ausbau des Knotenpunktes Schleswig-Holstein-Straße/Norderstedter Straße/Henstedter Weg vorangetrieben werden. Dazu müsse zunächst ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, dass ein gemeinsamer Bebauungsplan mit der Stadt Norderstedt aufgestellt wird.

Herr Müller regt an, dass beim Gespräch mit der Stadt Norderstedt auch der Abschnitt an der Hamburger Straße /Ulzburger Straße - zwischen dem Kiefernweg und dem Knotenpunkt Hamburger Straße/Schleswig-Holstein-Straße/Kothla-Järve-Straße - thematisiert werden sollte.

Abschließend wird über folgenden Beschluss abgestimmt.

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss nimmt die vorgelegten Planungen für den Ausbau des Knotenpunktes Schleswig-Holstein-Straße (L 284)/Norderstedter Str./Henstedter Weg zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Norderstedt ein Abstimmungs-gespräch zur Ertüchtigung der Schleswig-Holstein-Straße (L284) zu führen.

Gegenstand des Abstimmungsgesprächs soll der Abschnitt zwischen den Knotenpunkten Schleswig-Holstein-Straße/Oststraße und Hamburger Straße/Schleswig-Holstein-Straße/Kothla-Järve-Straße unter Einbeziehung der Hamburger Straße/Ulzburger Straße (L326) bis zum Kiefernweg sein.

Beschlussfassung:

11	Stimmen dafür	(SPD, BFB, WHU, CDU, FDP)
2	Enthaltungen	(Bündnis 90/Die Grünen)

zu 9 Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen usw.); Bebauungsplan Nr. 57 "Quellenweg" - aus Zeitgründen nicht behandelt -

Der Ausschussvorsitzende, Herr Holowaty, weist darauf hin, dass die in § 46 der Geschäftsordnung für Gemeindevertretung geregelte Sitzungshöchstdauer von 3 Stunden bereits überschritten wurde und daher die Tagesordnungspunkte 9 bis 17 in der heutigen Sitzung nicht mehr behandelt werden.

zu 10 Aufstellungsbeschluss Erhaltungssatzung für das Quartier "Beckersbergring"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - aus Zeitgründen nicht behandelt -

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

- zu 11 Bau des Wanderweges zwischen Sandberg und Korl-Barmstedt-Weg;
Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2019
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

- zu 12 Errichtung von WC-Anlagen an den Bahnhöfen in Henstedt-Ulzburg
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

- zu 13 Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am Bahnhof Ulzburg-Süd
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

- zu 13.1 Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am Bahnhof Ulzburg-Süd;
Antrag der SPD-Fraktion und Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

- zu 13.2 Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am Bahnhof Ulzburg-Süd;
Ergänzungsantrag der WHU-Fraktion
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

- zu 14 Bebauungsplan Nr. 153 "Beckersbergring" (Terrassenüberdachungen);
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

- zu 15 Bebauungsplan Nr. 125 "Nördlich Schulstraße";
Verfahrenseinstellung
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

**zu 16 Bebauungsplan Nr. 126 a "Gewerbegebiet Nördlich Heideweg";
Verfahrenseinstellung
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

**zu 17 Bebauungsmöglichkeiten in bestehenden B-Plänen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- aus Zeitgründen nicht behandelt -**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß § 46 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung aufgrund des Überschreitens der Sitzungsdauer nicht mehr behandelt.

zu 18 Unterrichtungen / Anfragen

Unterrichtungen:

Herr Bürgermeister Bauer informiert:

- a) Zur schriftlichen Anfrage von Herrn Holowaty zur Verbesserung der innenörtlichen Busverkehre ist seitens der Verkehrsbetriebe Hamburg Holstein AG trotz wiederholter Nachfrage durch die Verwaltung immer noch keine Reaktion erfolgt. Bei Vorliegen einer Rückmeldung hierzu wird der Ausschuss entsprechend informiert.

Anmerkung der Verwaltung:

Am 27.06.2019 wurde das "ioki-Projekt Hamburg" dem Henstedt-Ulzburger Seniorenbeirat vorgestellt. Die gemeindliche Verkehrsbehörde hat die Verkehrsbetriebe Hamburg Holstein AG erneut diesbezüglich kontaktiert und um eine Präsentation und nähere Erläuterung des Projektes im Planungs- und Bauausschuss gebeten.

- b) Um das nächtliche Parken von LKWs im Kirchweg, am alten Lidl-Gelände - wie von Frau Honerlah bereits bemängelt - zu unterbinden, werden in dem betroffenen Bereich weitere Poller aufgestellt.

Frau Honerlah informiert, dass im Kirchweg in den letzten Tagen deutlich mehr Polizeipräsenz zu beobachten ist. Die LKW-Fahrer wurden offensichtlich auf das unerlaubte Abstellen von Fahrzeugen hingewiesen.

- c) Aus der neulich durchgeführten Radtour resultierend, welche durch Herrn Daberkow von der ADFC-Ortsgruppe organisiert wurde, sind folgende Maßnahmen zur Erleichterung des Radverkehrs durchgeführt worden:
- Im Pinnau-Biotop wurden die weiß-grünen Poller entfernt.
 - In der Maurepasstraße wurden auf der Höhe der Polizeiwache, auf der Nordseite, ein Teil von den sog. Drängelgittern abgebaut.
 - Zur besseren Passierbarkeit des Durchgangs zum Naturbad Beckersberg wurde

das dortige Tor versetzt und der Durchgang damit verbreitet.

- d) Die Gemeinde wurde von der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH für die Einführung eines digitalen Wärmemanagements durch selbstlernende Heizkörperthermostate im Rathaus mit Preisgeld in Höhe von 10.000 € prämiert. Bei den anvisierten Einsparungen von ca. 12.000 € im Jahr werden sich die Investitionskosten (17.000 €) innerhalb von zwei Jahren amortisieren.
- e) Für die Umwandlung des Rasenspielfeldes in der Bürgermeister-Steenbock-Straße zu einem Kunstrasenplatz erhält die Gemeinde eine Zuwendung vom Land Schleswig-Holstein in Höhe von 250.000 €. Zusätzlich wird diese Maßnahme vom Kreissportverband Segeberg e.V. mit insgesamt 60.000 € bezuschusst.
- f) Die schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wann die im Bebauungsplan Nr. 74 festgesetzte Rad- und Gehwegverbindung nördlich der Bahnhofstraße realisiert wird, wird von Herrn Duda und Herrn Möller beantwortet.

Der kombinierte Rad- und Gehweg, welcher im Bebauungsplan Nr. 74 „Bahnhof“ als Verbindungsweg zwischen der Straße Langer Kamp und der Bahnhofstraße festgesetzt ist, wird in den nächsten Monaten seitens des Erschließungsträgers fertig gestellt. Die verzögerte Umsetzung dieser Maßnahme ist auf die vertragliche Gewährung des lebenslangen Wohnrechtes für den Voreigentümer der hierfür erforderlichen Flächen zurückzuführen.

Anfragen:

- a) Auf Nachfrage von Frau Honerlah bezüglich des zu erstellenden Lärmschutzgutachtens zur Sportschießanlage in der Beckersbergstraße teilt Herr Duda mit, dass das beauftragte Büro im laufenden Monat die Schallmessungen durchführen wird. Die Messergebnisse werden dem Ausschuss voraussichtlich in der August-Sitzung vorgelegt.
- b) Zur Anfrage von Herrn Meschede zum aktuellen Stand des regionalen Verkehrsentwicklungskonzeptes führt Herr Bürgermeister Bauer aus, dass die bisherigen Ergebnisse in der Lenkungsgruppe am 01.07.2019 vorgestellt werden. Inzwischen ist der Betrachtungskorridor um das Gebiet des Amtes Itzstedt erweitert worden. Der aktuelle Stand wird demnächst im Rahmen einer Pressemitteilung veröffentlicht.

zu 18.1 Bebauungsplan Nr. 150 "Nördlich Götzberger Straße"; Gutachterliche Stellungnahme zur verkehrlichen Anbindung der Erschließung an die Götzberger Straße (L 75)

Herr Duda erläutert die Unterrichtungsvorlage.

Herr Müller spricht sich ausdrücklich für einen Kreisverkehr zur Anbindung des geplanten Neubaugebietes an die Götzberger Straße aus. Das negative Prüfungsergebnis unter Beachtung der Prüfungskriterien des zuständigen Landesbetriebes für Straßenbau und Verkehr (LBV-SH) seien nicht akzeptabel. Eine Anbindung des geplanten Wohngebietes an die Götzberger Straße ohne einen Kreisverkehr in diesem Bereich würde eine Gefahr für alle Ver-

kehrsteilnehmer mit sich bringen.

Herr Iversen weist darauf hin, dass bei Beratungen zum Bebauungsplan Nr. 150 „Nördlich Götzberger Straße“ ein Kreisverkehr als eine wichtige Prämisse zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes betrachtet wurde.

Herr Brocks merkt an, dass der genaue Standort des Kreisverkehrs noch zu präzisieren wäre. In den Vorberatungen ist ein mittig gelegener Kreisverkehr thematisiert worden.

Herr Bürgermeister Bauer kündigt an, den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr S-H bezüglich der Umsetzbarkeit eines Kreisverkehrs zur Anbindung des neu geplanten Wohngebietes an die Götzberger Straße (L 75) zu kontaktieren und um eine verbindliche Stellungnahme zu ersuchen.

zu 19 Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Bürgermeister Bauer beantwortet zwei Anfragen von Herrn Daberkow, ADFC-Ortsgruppe, zur Baustelleneinrichtung am Korf-Barmstedt-Weg und zur möglichen Verlegung eines Ortsschildes vor den Wanderweg.

Weitere Fragen werden nicht gestellt. Der Ausschussvorsitzende schließt die öffentliche Sitzung. Entsprechend der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung sowie der Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 1 schließt er die Öffentlichkeit zu den Tagesordnungspunkten 20 und 21 aus.

zu 22 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu den im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelten Tagesordnungspunkten stellt der Vorsitzende des Planungs- und Bauausschusses die Öffentlichkeit wieder her.

Die Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse erübrigt sich, da keine Besucher/innen anwesend sind.

Folgende Beschlüsse – hier ohne Angabe der vertraulichen Inhalte - wurden gefasst:

TOP 20 Städtebaulicher Vertrag zur Erschließung eines Grundstückes innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanentwurfes Nr. 100, 5. Änd. für das Gebiet „Kammerloh-Ostteil“

Beschluss:

Der Gemeindevertretung wurde empfohlen, dem Abschluss des Ergänzungsvertrages zum Entwurf des städtebaulichen Vertrages, welcher um die Installation einer Aufzugsanlage zu ergänzen ist, zuzustimmen.

Um 22:47 Uhr schließt der Ausschussvorsitzende die Sitzung.

.....
Ausschussvorsitzende/r
Stephan Holowaty

.....
Protokollführer/in
Inna Busch

gesehen:
Bürgermeister
Bauer